

IG droht mit dem Referendum



Vertreter der IG Industriestrasse demonstrieren gestern vor dem Luzerner Rathaus mit Gesichtsmasken der Parlamentarier. Bild: Eveline Beerkircher

INDUSTRIESTRASSE

Die Ausschreibungskriterien für die Überbauung an der Industriestrasse stehen nun fest. Doch die IG Industriestrasse ist mit dem Ergebnis nicht zufrieden.

LUCA WOLF
luca.wolf@luzernerzeitung.ch

Witziger Auftakt zu einer hartigen Debatte: Vertreter der IG Industriestrasse machten gestern Morgen vor dem Rathaus klar, wie das Stadtparlament an diesem Donnerstag bezüglich Ausschreibungskriterien für die Industriestrasse

oder innovatives Wohnen geben, prüfen wir eine Durchsetzungsinitiative oder ein Referendum.» Ob es dazu kommen wird, liess Ambühl nach der vierstündigen Debatte im Parlament offen. Denn dieses hat die Ausschreibungen schlussendlich abgesegnet. Jedoch mit ein paar gewichtigen Änderungen. Ambühl ist mit dem Ergebnis nicht per se unzufrieden. Aber: «Viele wichtige Vorschläge wurden abgelehnt. Nun müssen wir intern darüber diskutieren, ob wir mit dem Endergebnis leben können oder nicht.» Was Ambühl damit meint: Die Linken haben gestern erfolgreich versucht, konkrete Forderungen nach günstigem Wohnraum und Raum für Kultur in den Ausschreibungskriterien festzuhalten.

30 Änderungsanträge

Der Stadtrat muss seine Grundstücke an der Industriestrasse gemäss Volksentscheid an eine gemeinnützige Baugenossenschaft im Baurecht abgeben. In den gestern abgeordneten Ausschreibungskriterien wird genau definiert, welche Auflagen der künftige Bauherr zu erfüllen hat. Das sind mit knapp 40 jede Menge. Und weil sich Linke, Rechte und Mitte gestern in vielen Fragen uneinig waren, mussten rund 30 Änderungsanträge (sogenannte Protokollbemerkerungen) durchdebattiert werden.

Für einigen Unmut sorgte gestern die Berechnung des **Baurechtszinses**. Hier will der Stadtrat dem künftigen Bauherrn einen Rabatt von 20 Prozent gewähren. Dies, weil das Land im Baurecht ab-

gegeben wird und günstiger Wohnraum entstehen soll. Doch dieser Rabatt war gestern einigen Politikern ein Dorn im Auge. So stellte die FDP den Antrag, den Rabatt auf höchstens 10 Prozent zu senken. FDP-Grossstadtrat Rieska Dommann begründete: «Der Baurechtszins an die Stadt verringert sich dadurch um rund 100 000 Franken.» Das sei nicht gerechtfertigt. Dem hielt Marcel Budmiger (SP) entgegen: «Nur noch 10 Prozent würde für die Baugenossenschaften eine rasche und kostengünstige Realisierung verunmöglichen.» Schlussendlich stellte sich eine Mehrheit hinter die 20-Prozent-Variante.

Diskussionslos ging der CVP-Antrag durch, der den Anteil an grossen **Familienwohnungen** von 30 auf 50 Prozent forderte. Lange und chaotisch verlief dann wieder die Diskussion um die Frage, ob der künftige Wohnbauträger der Stadtzürnerer Genossenschaftsvereinigung **G-Net** angehören oder wenigstens aus der Region stammen soll. Roger Sonderegger (CVP) war überzeugt: «Das Volk wünscht eine lokale Verankerung.» Theres Vinatzer (SP) stellte das zwar nicht grundsätzlich in Frage, aber: «Wenn jemand von auswärts eine geniale Idee hat, soll er diese einbringen dürfen.» Schlussendlich kippte das Parlament gegen den Willen des

Stadtrates ein solches Ausschreibungskriterium aus dem Katalog.

Entscheid fällt im November

Auch ob eine von der Bau- und Zonenordnung (BZO) abweichende innovative, **verschachtelte Bebauungsstruktur** als Option zugelassen werden soll, wurde ausgiebig diskutiert. Dommann kritisierte, dass dies zu Mehrkosten von einer Million Franken und zu Verzögerungen von zwei Jahren führen könnte. Urs Zimmermann (SVP) prophezeite: «Das kostet nur viel und bringt nichts.» Doch das Stadtparlament

folgte den Argumenten von Stadträtin Manuela Jost: «Diese Bauweise würde die soziale Durchmischung fördern, und es könnte dichter gebaut werden.»

Keine Chance hatte ein SP-Antrag, neben dem ehemaligen **Chäslager** auch die alte **Porzellanfabrik** stärker vor einem Abriss zu schützen. «Schon der Erhalt des Chäslagers kostet eine Million», rechnet András Ózvegyi vor.

Die Bewerbungsphase für gemeinnützige Bauträger soll im Juli starten. Im November will sich der Stadtrat für eine Trägerschaft entscheiden. Anschliessend wird der Baurechtsvertrag ausgehandelt und soll im April 2015 vom Stadtparlament abgesegnet werden.

«Viele für uns wichtige Anträge wurden abgelehnt.»

PHILIPP AMBÜHL,
IG INDUSTRIESTRASSE



Grosser
Stadtrat

abstimmen soll. Nämlich einstimmig für den Vorschlag des Stadtrates. Dazu versteckten sich die Aktivisten kurz hinter Kartoonporträts der Grossstadträte. IG-Sprecher Philipp Ambühl warnte zudem: «Sollte es weitere Verschlechterungen bezüglich Baurechtszins, Etappierung